

Bühne frei für CVP-Familieninitiative

bern. Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, werden gemäss gestrigem Abstimmungsresultat nicht von einem Steuerabzug profitieren. Die nächste Familienvorlage behandelt die Frage, ob Eltern künftig von den Kinderzulagen steuerbefreit werden sollen.

Karin Landolt

«Erleichtert», «bestätigt» und «ein bisschen enttäuscht», so lautet die Bilanz aus verschiedenen politischen Lagern von links bis rechts zum Ausgang der SVP-Familieninitiative. Diese wurde gestern mit 58,5 Prozent Nein-Stimmen vom Schweizer Volk deutlich verworfen. Noch wenige Wochen zuvor schien die Initiative gute Chancen zu haben. Doch dem gegnerischen linken Lager und der CVP unter Druck der CVP-Frauen gelang es kurz vor dem Urnengang, die Meinung zu drehen. SVP-Nationalrätin Verena Herzog spricht von einer Kampagne der Finanzdirektoren, «die mit angedrohten Steuerausfällen in der Höhe von 1,4 Milliarden Franken ein Horrorszenario skizzierten und das Volk in Zeiten der Sparmassnahmen zu verunsichern wussten». Als Absage an das traditionelle Familienmodell, das von der Annahme profitiert hätte, sei das Resultat nicht zu deuten, ist Herzog überzeugt.

«Auch ich verstehe das Nein nicht als Absage an traditionelle Familien», betont SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. «Wenn schon eher als Absage an eine ungerechte Verteilung von Geldern, die jenen zugute komme, die es nicht nötig haben.» Das deutliche Resultat verstehe sie aber vor allem als Ja zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Man will dieser keine Hindernisse in den Weg legen, indem man traditionelle Familien bevorzugt.» Ein zweites Mal habe das Volk nun bestätigt, dass der Staat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen solle, so Fehr und verweist auf den Familienartikel, über den im Frühling abgestimmt wurde. Die Vorlage, welche die Vereinbarkeit zum Ziel hatte, ging damals zwar bachab, aber lediglich aufgrund des Ständemehrs. Das Volksmehr sagte Ja.

Froh ist man in der CVP, dass der «Pferdefuss der SVP» jetzt vom Tisch sei, heisst es hinter vorgehaltener Hand. Denn das Nein zu Steuerabzügen für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, gebe dem Vorschlag der CVP, welche die Kinderzulagen von den Steuern befreien will, bessere Chancen. Von ihrem Besteuerungsvorschlag profitieren laut CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer «nämlich alle Paare mit Kindern und nicht nur jene mit hohem Einkommen, die ihre Kinder selber betreuen». Insofern erwarte sie, dass die SVP das CVP-Anliegen trotz gestriger Niederlage unterstütze. «Diese ist nämlich ganz in ihrem Sinne», ist Schmid-Federer überzeugt.

Zweifel an den CVP-Frauen

Grundsätzlich stehe sie positiv dazu, räumt SVP-Frau Verena Herzog ein, setze sie sich doch generell für die Familien ein, unabhängig, von welchem politischen Lager der Vorschlag komme. «Trotzdem zweifle ich zurzeit etwas an der Glaubwürdigkeit insbesondere der CVP-Frauen, die behaupten, familienfreundlich zu sein, unsere Vorlage aber so heftig bekämpften.» An der Familienentlastung via Kinderzulagen störe sie ein bisschen, dass vor allem die Arbeitgeber als Mitfinanzierer der Zulage indirekt zur Kasse gebeten werden und die Familienzulagen wiederum versteuert werden müssten.

Auch SP-Frau Jacqueline Fehr steht der CVP-Familieninitiative, die in einem nächsten Schritt im Parlament behandelt wird, wohlwollend gegenüber. «Für die SP ist ein Ja nicht ausgeschlossen», sagt sie, allerdings verlange man Auflagen: «Vom Abzug sollen explizit Familien mit tiefen und mittleren Einkommen profitieren.» Sollten die Diskussionen im Parlament zu einem direkten Gegenvorschlag führen, könne die Vorlage sogar ohne Urnengang ins Steuergesetz einfließen. Fehr sieht jedoch als effizienteste aller Entlastungen die Erhöhung der Kinderzulagen sowie Steuergutschriften, «die weniger gut gestellte Familien stärken, im Gegensatz zu Steuerabzügen, von denen gut Verdienende profitieren».

Und welche Pläne schmiedet nun die SVP an der familienpolitischen Front nach der Verdauung der Niederlage von gestern? «Wir haben mit unserer Initiative aufgedeckt, dass traditionelle Familien

steuerlich benachteiligt sind, die Diskussion wird weitergehen», sagt Verena Herzog. «Als Nächstes fordern wir von den kantonalen Finanzdirektoren eine Fremdbetreuungsvollkostenrechnung ein und werden Klarheit darüber schaffen, wer alles und in welchem Mass die Kinderbetreuungsstätten quersubventioniert.»